

REPORT BERLIN

Bericht aus dem
Deutschen Bundestag
von Carsten Müller

06/2017



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

der Auftakt in das Wahljahr 2017 ist geglückt, so kann es gern weitergehen. Das eindrucksvolle Wahlergebnis der **CDU im Saarland** mit Annegret Kramp-Karrenbauer ist nicht nur Beleg für eine gute Ministerpräsidentin, sondern es zeigt, dass die meisten Bürger einer stabilen, sicheren Regierung eher zutrauen, die Zukunft gut zu gestalten als einem rot-roten Experiment. Grundsätzlich hat die SPD zu erklären, wie sie es mit der Linkspartei im Bund hält – einer Linkspartei, die die Nato auflösen will, die die russische Aggression gegen die Ukraine einfach hinnimmt und die ein anderes Deutschland will: Ohne solide Haushaltsführung, ohne innere Sicherheit, Bleiberecht für alle statt Ausweisung krimineller Zuwanderer. Für CDU und CSU steht fest: Wir koalieren weder mit den Populisten von links noch von rechts. Von dieser Klarheit ist die SPD weit entfernt.

Bis zur Bundestagswahl im September sind es noch rund sechs Monate. Deshalb haben die Spitzen der Koalition am Mittwochabend geklärt, welche Vorhaben wir bis dahin umsetzen werden. Dabei wurde sich unter anderem auch darauf geeinigt, dass **Einbrüche in Privatwohnung** mit einer Mindeststrafe von einem Jahr bestraft werden sollen. Das begrüße ich ausdrücklich: Schließlich verletzen Einbrecher einen unserer sensibelsten Lebensbereiche: die Unversehrtheit des Privatesten, der eigenen Wohnung. Sie müssen deshalb stärker und effektiver als bisher bekämpft und bestraft werden.

Der Koalitionsausschuss bestätigte auch die Einigung der Koalitionsfraktionen zum **Verbot von Kinderehen** – das entsprechende Gesetz soll noch vor der Sommerpause verabschiedet werden. Das ist gut und richtig! Sehr erschreckend und unsäglich ist hingegen die Einstellung der grünen Justizministerin aus Niedersachsen, Antje Niewisch-Lennartz. Sie verteidigte in dieser Woche Kinderehen und kritisierte die geplanten Gesetzesverschärfungen. Damit hat sie sich eindeutig disqualifiziert und bewiesen, dass sie für das verantwortungsvolle Amt nicht geeignet ist. Niedersachsen Ministerpräsident Stephan Weil sollte dringend überlegen, ob er das Spiel für Justizministerin Niewisch-Lennartz nicht abpfeift. Sie hat offenkundig nicht begriffen, dass der Vorrang des Kindeswohls sowie die Gleichbehandlung von Mann und Frau zu den Grundssäulen unserer Gesellschaft und unseres Werteverständnisses gehören. Statt die Schwächeren zu schützen, rechtfertigt und relativiert Justizministerin Niewisch-Lennartz Kinderehen. Das ist unfassbar und nicht zu tolerieren!

Großbritannien hat am Mittwoch formal seine Absicht mitgeteilt, aus der Europäischen Union auszutreten. Dies wird nunmehr schwierige Verhandlungen nach sich ziehen. Es bietet sich nunmehr aber auch die Gelegenheit zur Reflexion, warum es besser ist, in der EU zu bleiben. Davon erhoffe ich mir, dass der Zusammenhalt der verbleibenden 27 Mitgliedstaaten gestärkt wird. Zugleich werden wir daran arbeiten müssen, dass der Brexit ein historisch einzigartiger Vorgang bleibt. Denn fest steht: Viele Herausforderungen können wir nur als starke EU zusammen begegnen.

Schon jetzt ein frohes Osterfest und mit herzlichen Grüßen aus Berlin

Carsten Müller

Berlin, 31. März 2017



Carsten Müller
Mitglied des
Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227 – 73298
Fax: 030/227 – 76298
carsten.mueller@bundestag.de
www.carsten-mueller.com

Maritime Wirtschaft stärken

Mit der Maritimen Agenda 2025 liefert die Bundesregierung eine ressortübergreifende Strategie zur Stärkung Deutschlands als maritimem Wirtschaftsstandort. Angesichts neuer Herausforderungen im Klima- und Umweltschutz, aber auch durch fortschreitende Digitalisierung und Automatisierung muss die Innovationskompetenz der mittelständisch geprägten Branche gestärkt werden. Zentrale Bausteine der Strategie sind demzufolge die Sicherung der Technologieführerschaft, die Eröffnung neuer Zukunftsmärkte, die Förderung der maritimen Energiewende und die Nutzbarmachung des Potentials von Industrie 4.0. Das Umsatzvolumen der maritimen Wirtschaft wird auf bis zu 50 Milliarden Euro geschätzt. Direkt oder indirekt arbeiten dort etwa 400.000 Menschen. Daher hat die Koalition die maritime Wirtschaft gestärkt, indem im steuerlichen Bereich die Chancen der deutschen Flagge im internationalen Vergleich verbessert wurden. Anlässlich der Zehnten Nationalen Maritimen Konferenz in der kommenden Woche in Hamburg wurde ein gemeinsam mit dem Koalitionspartner erarbeiteten Antrag vorgelegt, der die Themen Schifffahrt, Häfen und Logistik, Klima und Umweltschutz, Schiffbau und Meerestechnik, Offshore-Windindustrie sowie Maritime Sicherheit behandelt. Begrüßt werden die bereits vielfältigen Aktivitäten der Bundesregierung in diesen Bereichen. Zugleich wurde sie zu weiteren Maßnahmen aufgefordert, wie zum Beispiel bei fortschrittlichen und umweltfreundlichen Schiffsantrieben oder ihrem Eintreten für die Schaffung eines einheitlichen europäischen Seeverkehrsraums ohne Wettbewerbsverzerrungen.

Gesetz zum Verbot des Betriebs lauter Güterwagen

Für den Fahrplanwechsel am 13. Dezember 2020 wurde in dieser Woche ein Gesetz beschlossen, das den Betrieb lauter Güterwagen ab diesem Stichtag grundsätzlich verbietet. Über einen einzuhaltenden Schallemissionswert wird den von Güterwagen produzierte Lärm begrenzt. Dabei wird der EU-weit geltenden Anspruch auf Zugang zum Schienennetz gewahrt, indem nicht umgerüstete Güterwagen ihre Geschwindigkeit soweit drosseln müssen, dass sie nicht lauter sind als Güterzüge mit leisen Wagen. Das Gesetz ist ein wichtiger Schritt in Richtung verbesserter Lärmschutz an deutschen Bahngleisen.

Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes

Der technische Fortschritt im Automobilbau wird in absehbarer Zeit den Einsatz immer weiter automatisierter Systeme in Fahrzeugen möglich machen. Automatisiert bedeutet, dass der Fahrer jederzeit in der Lage sein muss, die volle Kontrolle über das Fahrzeug zu übernehmen. In wurde ein Gesetz zur grundlegenden Regelung des Zusammenwirkens zwischen Fahrer und einem Kfz mit automatisierten Fahrfunktionen beschlossen. Damit wird die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, dass die Innovation bei Autos weiter vorangehen kann. Ferner wird ein Beitrag zur Sicherung der wirtschaftlichen Vorreiterrolle Deutschlands in diesem Bereich der Automobilindustrie geleistet.

Gesetz zur Bevorrechtigung des Carsharing

Carsharing ist sowohl für die Verkehrs- und Umweltpolitik als auch für die Stadtplanung von zunehmender Bedeutung. Vor allem in großen Städten ist Carsharing zu einem wichtigen Baustein eines nachhaltigen Mobilitätsangebots geworden. Deshalb wurde ein Gesetz zur Förderung des Carsharing als neue Form der Mobilität beschlossen. Damit werden die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, damit die Länder für Carsharingfahrzeuge auf Parkgebühren verzichten und spezielle Stellflächen ausweisen können.

Weitere Informationen zur Woche im Deutschen Bundestag finden Sie auch hier:

www.cduscu.de

www.bundestag.de



Aufschwung der deutschen Wirtschaft gewinnt an Stärke

Die Stimmung unter den deutschen Firmenchefs ist so gut wie seit fast sechs Jahren nicht mehr. Der Ifo-Geschäftsklimaindex kletterte im März überraschend um 1,2 auf 112,3 Punkte. „Dies ist der höchste Wert seit Juli 2011“, wie das Münchner Institut für Wirtschaftsforschung zu seiner Umfrage unter 7000 Managern mitteilte. „Der Aufschwung gewinnt an Kraft“, sagte Ifo-Präsident Clemens Fuest. Die Firmenchefs bewerteten sowohl die Lage als auch die Aussichten für die kommenden sechs Monate besser als zuletzt. In der Baubranche zeigte das Barometer nach oben, wobei die Firmen ihre Lage so gut einschätzten wie noch nie seit 1991. (Quelle: Reuters)



Am Dienstag hieß es Abschied nehmen von Klement Gu, dem stellvertretenden Repräsentanten Taiwans in Berlin. Er wird zukünftig Botschafter seines Landes in der Schweiz.

Kaufkraft der Bürger in Deutschland 2016 deutlich gestiegen

Die Kaufkraft der Bürger in Deutschland ist im vergangenen Jahr deutlich gestiegen: Der sogenannte Reallohnindex war 2016 um 1,8 Prozent höher als im Vorjahr. Der nominale Verdienstanstieg betrug 2,3 Prozent, die Inflationsrate legte im vergangenen Jahr um 0,5 Prozent zu. 2016 ist somit das dritte Jahr in Folge mit einem starken Anstieg des Reallohnindex. (Quelle: AFP)

Deutsche Wirtschaft mit kräftigem Frühjahrsaufschwung

Die deutsche Wirtschaft wächst derzeit so schnell wie seit fast sechs Jahren nicht mehr. Der Markit-Einkaufsmanagerindex für die Privatwirtschaft – Industrie und Dienstleister zusammen - stieg im März überraschend um 0,9 auf 57,0 Punkte. Die Unternehmen produzierten mehr und meldeten ein so starkes Auftragsplus wie seit April 2011 nicht mehr. Die Industrie erhielt vor allem aus den USA, China, Großbritannien, Asien und dem Nahen Osten mehr Bestellungen. Die Unternehmen schufen deshalb so viele Stellen wie seit sechs Jahren nicht mehr. Gleichzeitig nahm der Inflationsdruck weiter zu. Die Einkaufspreise erhöhten sich so stark wie seit nahezu sechs Jahren nicht mehr. Ebenso die Verkaufspreise. (Quelle: Reuters)